

Niederschrift

RAT/X/04

Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Rosendahl am 25.02.2021 im Zweifachsporthalle, Droste-Hülshoff-Weg 32, 48720 Rosendahl, Osterwick, Rosendahl.

Anwesend sind:

Der Bürgermeister

Gottheil, Christoph Bürgermeister

Die Ratsmitglieder

Brockhoff, Philipp Fraktionsvorsitzender SPD

Deitert, Frederik

Eimers, Alfred

Fedder, Ralf

Fehmer, Alexandra

Feldmann, Heinrich

Fischedick, Jens

Fleige-Völker, Josefa

Friemel, Christian

Gehling, Doris

Gövert, Hermann-Josef

Hambrügge, Carmen

Konert, Tobias

Lembeck, Guido

Fraktionsvorsitzender CDU

Lethmate, Frederik Maximilian

Mensing, Hartwig

Fraktionsvorsitzender WIR

Pirkl, Günter

Rahsing, Ewald

Reints, Hermann

Schubert, Daniel

Schubert, Franz

Söller, Hubertus

Steindorf, Ralf

Weber, Winfried

Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen

Wigger, Bernhard

Von der Verwaltung

Roters, Dorothea

Allgemeine Vertreterin

Brodkorb, Anne

Fachbereichsleiterin

Croner, Wolfgang

Fachbereichsleiter

Kortüm, Herbert

Leiter Stabsstelle

Nürnberg, Anna

Kämmerin

Eske, Natalia

Leiterin Finanzbuchhaltung

bis 22:25 Uhr (TOP 4 nö.
S.)

Völker, Manuela

stellv. Schriftführerin

Es fehlt entschuldigt:

Das Ratsmitglied

Mühlenkamp, Julia

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

23:55 Uhr

Tagesordnung

Bürgermeister Gottheil begrüßt die Ratsmitglieder, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie Herrn Eggemann von der Allgemeinen Zeitung und Herrn Dröger von der Fa. Wolbeck für die Übertragungstechnik.

Er stellt fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 16. Februar 2021 form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Rat beschlussfähig ist.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Fraktionsvorsitzender Weber erklärt, dass der Umweltbericht auf der Tagesordnung fehle, obwohl er trotz des negativen Votums im Haupt- und Finanzausschuss noch ein weiteres Mal im Rat beraten werden sollte.

Bürgermeister Gottheil erklärt, dass dieser Punkt nicht separat auf der Tagesordnung stehe, da er bei dem Tagesordnungspunkt 8 - Haushalt 2021 inzident mit behandelt werden könne.

1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO (1. Teil)

1.1 Wohnbaugrundstücke in Holtwick - Herr Sueck

Bastian Sueck, Holtwick, fragt nach, was die Gemeinde unternehme, um dem aktuellen und zukünftigen Mangel an Wohnbaugrundstücken in Holtwick entgegenzuwirken. Das Programm „Jung kauft alt“ sei schwer umzusetzen, wenn Eigentümer nicht verkaufen wollten. Er kenne viele, die gerne bauen würden, aber keine Grundstücke finden und deshalb dann eventuell sogar wegzögen. Er fragt, ob diese Brisanz bekannt sei und ob man Pläne habe, um das zu verhindern.

Bürgermeister Gottheil erklärt, dass die Probleme sehr wohl bekannt seien. Derzeit lägen viele Anfragen nach Wohnbaugrundstücken vor, die auch in einer Interessenliste erfasst würden. Es gebe einige baureife Flächen im Ortskern, auf denen aber mangels fehlender Bereitschaft der Eigentümer zum Verkauf keine Bauvorhaben verwirklicht werden könnten. Es sei natürlich häufiger versucht worden, eine Bebauung auf entsprechenden Flächen umsetzen zu können. Aber viele Eigentümer seien noch nicht zum Verkauf von Flächen bereit. Die Gemeinde sei in diesem Zusammenhang aber auf deren Mitwirkung angewiesen. Bislang seien Versuche zur Gewinnung neuer Wohnbaugrundstücke über diesen Weg erfolglos geblieben.

2 Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 2 GeschO (1. Teil)

2.1 Impfstatus in Rosendahl - Herr Weber

Fraktionsvorsitzender Weber fragt, wie der Impfstatus in Rosendahl sei, ob es Impfdosen gebe, die nicht verimpft würden und wie die Quote der Impfungen in den Altenheimen sei.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass der Landrat erklärt habe, dass keine Impfdosen im Impfzentrum übrig blieben. Im Altenheim in Osterwick seien bei den beiden durchgeführten Impfaktionen (1. und 2. Impfung) nach seinem Kenntnisstand ebenfalls keine Impfdosen übrig geblieben. Details zu Impfquoten, z.B. bei den Beschäftigten des Altenheims, könne er nicht mitteilen.

3 Bericht aus anderen Gremien

Da derzeit wegen der Corona-Pandemie fast keine Gremiensitzungen durchgeführt werden, besteht kein Berichtsbedarf.

4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ratssitzungen

Allgemeine Vertreterin Roters berichtet über die Durchführung der Beschlüsse aus der öffentlichen Sitzung des Rates vom 17. Dezember 2020.

5 Genehmigung der öffentlichen Niederschrift gemäß § 24 Abs. 5 GeschO

Bürgermeister Gottheil fragt, ob es Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 17. Dezember 2020 gibt.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

Die öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Rates RAT/X/03 vom 17. Dezember 2020 wird hiermit formal genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6 Antrag des fraktionslosen Ratsmitgliedes Ralf Steindorf auf Aufnahme in zwei Ausschüsse mit beratender Stimme vom 01.02.2021 Vorlage: X/083

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage X/083 und gibt Erläuterungen.

Ratsmitglied Steindorf entschuldigt sein Fehlen bei den letzten Sitzungen. Da er zur Risikogruppe gehöre, habe er bisher pandemiebedingt nicht teilgenommen.

Zur Begründung seines Antrages auf Aufnahme in zwei weitere Ausschüsse erklärt er, dass auch bereits Herr Förster in mehreren Ausschüssen Mitglied gewesen sei. Er werde auch nur mit beratender Stimme teilnehmen und damit keine Abstimmungen beeinflussen. Er möchte nur informiert sein und nicht in jeder Ratssitzung nachfragen müssen, was die Sitzungen unnötig in die Länge ziehen würde.

Fraktionsvorsitzender Lembeck erklärt, dass Ratsmitglied Steindorf nach der Wahl seinen Austritt aus der CDU bekannt gegeben habe. Nach der Gemeindeordnung werde einem fraktionslosen Mitglied ein Sitz in einem Ausschuss zuerkannt. Das Ratsmitglied Förster sei in mehreren Ausschüssen vertreten gewesen, da die FDP in der Kommunalwahl von drei Sitzen nur noch einen behaupten können. Als Ratsmitglied Branse aus der SPD ausgeschieden sei, hätte der Rat nicht mehr anders entscheiden können. Nun aber gebe es die Entscheidung für 10-er Ausschüsse. Würde man dem Antrag folgen, hätte man sogar 11-er Ausschüsse. Eine solche Vergrößerung werde nicht gewünscht.

Sodann beantragt er eine geheime Abstimmung.

Fraktionsvorsitzender Brockhoff erklärt, er sei erschrocken über die Argumentation von Herrn Lembeck. Im Sinne der Gleichbehandlung werde die SPD dem Antrag von Ratsmitglied Steindorf zustimmen.

Fraktionsvorsitzender Weber erklärt, er könne nicht nachvollziehen, warum ein Ratsmitglied keine Möglichkeit haben solle, in Ausschüssen beratend mitzuwirken. Alles andere sei für ihn politisches Spiel. Er hoffe, dass bei geheimer Abstimmung nicht alle der CDU folgen.

Ratsmitglied Franz Schubert ist der Meinung, dass vernünftig und sachlich in den Ausschüssen beraten werde. Wenn Ratsmitglied Steindorf dort involviert sei, dann müsse dies nicht noch einmal zusätzlich im Rat erfolgen.

Sodann lässt Bürgermeister Gottheil über den Antrag auf geheime Abstimmung abstimmen. Hierzu sei die Zustimmung von 1/5 der gesetzlichen Anzahl der Ratsmitglieder, also von 6 Ratsmitgliedern, notwendig. Er selbst habe bei der Ausschussbesetzung kein Stimmrecht. Er lasse sodann über den Antrag auf Durchführung einer geheimen Wahl abstimmen.

Abstimmergebnis: 12 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 7 Enthaltungen

Damit ist in geheimer Abstimmung über den Antrag zu entscheiden.

Danach lässt Bürgermeister Gottheil über den Antrag von Ratsmitglied Steindorf abstimmen. Wer dafür sei, dass Ratsmitglied Steindorf als beratendes Mitglied in zwei weitere Ausschüsse aufgenommen werde, müsse mit Ja stimmen, wer dagegen sei mit Nein. Enthaltungen seien möglich.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss:**

Ratsmitglied Steindorf wird in zwei Ausschüssen mit beratender Stimme aufgenommen.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Damit ist dem Antrag von Ratsmitglied Steindorf entsprochen worden. Ratsmitglied Steindorf gehört daher als beratendes Ausschussmitglied dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Planungs-, Bau- und Umweltausschuss sowie dem Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschuss an.

7 Antrag der SPD-Fraktion auf Einführung der Ehrenamtskarte NRW in Rosendahl

Vorlage: X/080

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage X/080 und gibt Erläuterungen.

Fraktionsvorsitzender Brockhoff führt aus, dass er gerne etwas bewegen möchte, um das Ehrenamt zu würdigen. Er bittet deshalb darum, die Ehrenamtskarte auch in Rosendahl einzuführen.

Bürgermeister Gottheil erklärt, dass darüber der Haupt- und Finanzausschuss eine Vorberatung führen und der Rat in der darauffolgenden Sitzung über den gestellten Antrag entscheiden könne. Die nächste Sitzung finde am 22. April 2021 statt.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss:**

Der Antrag der SPD-Fraktion auf Einführung der Ehrenamtskarte NRW in Rosendahl wird zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8 Antrag der SPD-Fraktion vom 08.11.2020 auf Live-Übertragung von öffentlichen Ratssitzungen im Internet
Vorlage: X/069

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage X/069, gibt Erläuterungen und geht auf die Vorberatung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 18.02.2021 ein.

Fraktionsvorsitzender Brockhoff erläutert, bei der Beantragung sei die SPD möglicherweise etwas übermotiviert gewesen. Das Thema bedürfe eingehender Beratung und daher sei die Diskussion verständlich. Er habe aber kein Verständnis dafür, dass es wenig oder auch keine Bereitschaft gebe, etwas zu bewegen und dafür zu sorgen, den Bürgern die Politik näher zu bringen.

Ratsmitglied Steindorf erklärt, er finde den ersten, ursprünglichen Beschlussvorschlag gut. Für die Transparenz der politischen Arbeit sei die Live-Übertragung von Sitzungen hilfreich. Es seien auch heute nur wenige Zuschauer anwesend. Daher solle das Thema weiter verfolgt werden. Die Technik sei so weit, dass es viele Möglichkeiten gebe, dies umzusetzen. Daher werde er das Anliegen der SPD-Fraktion unterstützen.

Fraktionsvorsitzender Weber weist darauf hin, dass alles digitaler werde. Er hält es nicht für richtig, den Antrag abzulehnen, ohne sich vorher damit intensiv zu befassen. Er kritisiert, dass es im Ausschuss keine Fachvorträge und auch keine anderen Vorschläge gegeben habe.

Bürgermeister Gottheil erklärt, dass zwar keine Fachexperten anwesend gewesen seien, aber Frau Roters sich im Vorfeld der Sitzung intensiv mit dem Thema beschäftigt und sie sich auch in den Nachbarkommunen informiert habe. Sämtliche Erkenntnisse, auch unter Einbeziehung von Fachinformationen aus der digitalen Welt, seien in die Sitzungsvorlage eingeflossen. Daher seien die für eine Entscheidung zum weiteren Vorgehen maßgeblichen Faktoren durch die Verwaltung geliefert worden. Er weist noch einmal auf das Recht aller bei einer Sitzung Anwesenden – auch der Zuhörerschaft und Verwaltungsbediensteten – hin, der Übertragung zu widersprechen. Schon bei nur einem Widerspruch einer anwesenden Person könne eine Übertragung nicht mehr stattfinden.

Fraktionsvorsitzender Weber möchte hierzu gerne den Vortrag von Fachleuten hören, auch das Für und Wider. Er möchte, dass im Rat oder Ausschuss diskutiert werde. Jeder Politiker habe sich zur Wahl gestellt und müsse sich dann auch der digitalen Welt stellen. Das müsse nicht sofort umgesetzt werden, aber die Zukunft werde digitaler, so dass später vielleicht eine Möglichkeit zu einer Übertragung bestehe.

Fraktionsvorsitzender Mensing hält Herrn Weber entgegen, dass einige Kandidaten der Partei Bündnis 90/Die Grünen im Kommunalwahlkampf im Herbst 2020 sogar die Zustimmung verweigert hätten, nur ihr Bild in der Lokalpresse zu veröffentlichen. Seine jetzige Forderung nach ungefilterter Sitzungsübertragung sei für ihn daher nicht konsequent.

Fraktionsvorsitzender Weber entgegnet, dass einige Bewerber sich nur bereit erklärt hätten, bei der Wahl anzutreten, damit alle Wahlbezirke hätten besetzt werden können. Das sei eine andere Situation, als wenn jemand die Wahl ernsthaft mit dem Ziel der Erlangung eines Ratsmandates angehe.

Fraktionsvorsitzender Lembeck erklärt, er Sorge sich, dass Nachwuchs für die politische Arbeit nicht mehr zu gewinnen sei, wenn von ihnen zu viel Öffentlichkeit verlangt werde. Es könne im digitalen Zeitalter viel Negatives damit gemacht werden. Wenn jemand eine Live-Übertragung nicht wünsche, so sei das hinzunehmen. Er wundere sich aber über den Wunsch eines Ratsmitglieds nach Transparenz, wenn auf der anderen Seite der Abdruck einer persönlichen Erklärung aus der konstituierenden als Anlage zur damaligen Niederschrift abgelehnt worden sei.

Fraktionsvorsitzender Brockhoff findet, dass es bezüglich der Digitalisierung noch eine Menge zu tun gebe.

Ratsmitglied Steindorf erklärt zum Hinweis von Fraktionsmitglied Lembeck, dass ihn jeder persönlich hätte fragen können und jeder im Fall der gestellten Frage seine Erklärung im vollen Wortlaut erhalten hätte. Er sei jedoch nicht von Mitgliedern seiner früheren Fraktion gefragt worden.

Ratsmitglied Gehling erklärt, dass sie befürchte, dass Beiträge im Netz verkürzt und aus dem Zusammenhang gerissen dargestellt werden könnten und es dadurch viele Interpretationsmöglichkeiten gebe. Sie möchte diese mit dem Vorhaben verbundenen Gefahren nicht unterstützen.

Bürgermeister Gottheil bittet um entsprechende Formulierung, falls ein vom Beschlussvorschlag der vorgelegten Sitzungsvorlage X/069 abweichender Beschlussvorschlag zur Abstimmung gestellt werden solle.

Ratsmitglied Weber bestätigt noch einmal, dass er über den Beschlussvorschlag lt. Sitzungsvorlage X/069 abstimmen möchte.

Ratsmitglied Eimers schließt sich Ratsmitglied Gehling an. Er möchte zukünftig nicht bruchstückhaft außerhalb eines Protokolls zitiert werden. Er sei daher gegen die Nutzung einer Kamera.

Fraktionsvorsitzender Mensing formuliert den Beschlussvorschlag aus dem Haupt- und Finanzausschuss erneut und bittet erneut darum, das Ziel, Ratssitzungen per Videostream öffentlich zu übertragen, nicht weiter zu verfolgen. Da dieser Antrag weitergehend ist, lässt Bürgermeister Gottheil hierüber abstimmen.

Daraufhin fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

Das Ziel, Ratssitzungen per Videostream öffentlich zu übertragen, wird nicht weiter verfolgt.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

**9 Einrichtung einer weiteren Interimsgruppe für das Kindergartenjahr 2021/2022 im OT Osterwick
Vorlage: X/074**

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage X/074 und gibt Erläuterungen.

Ratsmitglied Steindorf regt an, auch in den anderen Ortsteilen einen Waldkindergarten einzurichten.

Bürgermeister Gottheil erklärt, dass er dies für die Zukunft gut finde, derzeit sei jedoch weder in Osterwick noch in Darfeld seitens der Kindergärten hierfür Interesse vorhanden.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der DRK-Kindertageseinrichtungen im Kreis Coesfeld gGmbH vertragliche Regelungen über die Trägerschaft bzw. den Betrieb der in dieser Verwaltungsvorlage beschriebenen Interimslösung für das Kita-Jahr 2021/2022 am Standort Osterwick, Brink 1, abzuschließen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der DRK-Kindertageseinrichtungen im Kreis Coesfeld gGmbH die mietvertraglichen Regelungen für die in dieser Verwaltungsvorlage beschriebenen Interimslösung für das Kita-Jahr 2021/2022 am Standort Osterwick, Brink 1, zu treffen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, in enger Abstimmung mit der DRK-Kindertageseinrichtungen im Kreis Coesfeld gGmbH ab dem Kindergartenjahr 2021/2022 bis zur Fertigstellung der neuen 3-gruppigen Kindertageseinrichtung in Osterwick, die Interimslösung im gemeindeeigenen Gebäude, Brink 1, 48720 Rosendahl, umzusetzen. Die für die Nutzung erforderlichen baulichen Maßnahmen werden von der Gemeinde Rosendahl durchgeführt bzw. finanziert. Hierfür werden für das Haushaltsjahr 2021 über die Änderungsliste im Produkt Gebäudemanagement (10/01.015), Sachkonto Unterhaltung Grundstücke und bauliche Anlagen, Mittel in Höhe von 60.000 € bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10 61. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Rosendahl zur Ausweisung von "Wohnbaufläche" im Ortsteil Osterwick
Eingegangene Stellungnahmen
Feststellungsbeschluss
Vorlage: X/077

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage X/077 und gibt Erläuterungen.

Ratsmitglied Steindorf erklärt, dass er dagegen stimmen werde. Auf diesem Wege möchte er das Engagement der Eltern und Kinder für die Beibehaltung des Bolzplatzes würdigen.

Fraktionsvorsitzender Weber widerspricht dieser Ansicht und erklärt, dass von den Eltern durch ihr Verhalten dem Eigentümer gegenüber kein Respekt gezollt worden sei.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

Den in den Anlagen I bis V beigefügten Beschlussvorschlägen wird zugestimmt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die in Anlage VI beigefügten Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange keine Anregungen und Bedenken beinhalten.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch aus der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen zum Verfahren vorgetragen wurden.

Der als Anlage VIII zur Sitzungsvorlage Nr. X/077 beigefügte Plan mit Begründung einschließlich Umweltbericht zur 61. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Rosendahl zur Ausweisung von „Wohnbaufläche“ im Ortsteil Osterwick wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

25 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

- 11 **60. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Rosendahl zur Ausweisung von "Gewerbliche Baufläche" im Ortsteil Holtwick**
Eingegangene Stellungnahmen
Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: X/075

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage X/075 und gibt Erläuterungen.

Fachbereichsleiterin Brodkorb erklärt dazu, dass die Anregung von Herrn Mensing aus dem Planungs-, Bau- und Umweltausschuss vom 11. Februar 2021 aufgenommen und die vorgeschlagene Änderung übernommen worden sei. Diese Änderung im Begründungstext sei auch bereits in Mandatos hochgeladen worden. Der Bebauungsplan müsse deshalb nicht geändert werden.

Bürgermeister Gottheil erklärt für die Zuschauer, dass ein vorhandenes Regenrückhaltebecken genutzt werden könne und so das Niederschlagswasser zumindest nicht vollständig direkt in den Kanal eingeleitet werde. Damit noch Reserven für weitere mögliche bauliche Vorhaben im Einzugsbereich übrig blieben, solle teilweise über das Regenrückhaltebecken und teilweise über die Kanalisation entwässert werden.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss:**

Den in den Anlagen I bis IV der Sitzungsvorlage Nr. X/075 beigefügten Beschlussvorschlägen, als Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, wird zugestimmt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die in Anlage V beigefügten Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange weder Anregungen noch Bedenken beinhalten.

Der Planungsstand wird bestätigt.

Es wird beschlossen, den der Sitzungsvorlage Nr. X/075 in Anlage IX beigefügten Planentwurf zur 60. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Rosendahl zur Ausweisung von „Gewerbliche Baufläche“ mit Begründung einschließlich Umweltbericht gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

12 Aufstellung des Bebauungsplanes "Gewerbegebiet Südlich der Bahnhofstraße" im Ortsteil Holtwick
Eingegangene Stellungnahmen
Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: X/076

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage X/076 und gibt Erläuterungen.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

Den in den Anlagen I bis VI der Sitzungsvorlage Nr. X/076 beigefügten Beschlussvorschlägen, als Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, wird zugestimmt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die in Anlage VII beigefügten Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange weder Anregungen noch Bedenken beinhalten.

Der Planungsstand wird bestätigt.

Es wird beschlossen, den der Sitzungsvorlage Nr. X/076 in Anlage X beigefügten Planentwurf zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet Südlich der Bahnhofstraße“ im Ortsteil Holtwick mit Begründung einschließlich Umweltbericht gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13 Anträge des Musikzuges Darfeld der Freiwilligen Feuerwehr Rosendahl und der Musikkapelle Holtwick auf Gewährung eines einmaligen Zuschusses
Vorlage: X/073

Bürgermeister Gottheil erklärt sich als Mitglied der Musikkapelle Holtwick für befähigt und nimmt im Zuschauerraum Platz.

Stellvertretender Bürgermeister Söller übernimmt die Sitzungsleitung, verweist auf die Sitzungsvorlage X/073 und gibt Erläuterungen.

Fraktionsvorsitzender Weber erinnert an die frühere Haushaltssicherung. Er ist der Ansicht, dass auch die Vereine aus eigener Kraft versuchen sollten, durch Einsparungen oder Beitragsanhebungen finanzielle Engpässe zu beseitigen. Als positives Beispiel benennt er in diesem Zusammenhang die Teilnahme der Musikkapelle Holtwick an der im Dezember 2020 durchgeführten Spendenverdopplungsaktion der Sparkasse Westmünsterland. Bei zukünftigen Anträgen sollten die Vereine nachweisen, was sie selber unternähmen, um ihre finanzielle Situation zu optimieren.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss**:

Den Anträgen des Musikzuges Darfeld der Freiwilligen Feuerwehr Rosendahl und der Musikkapelle Holtwick 1904 e.V. auf finanzielle Unterstützung zur Abmilderung der finanziellen Notlage der Vereine aufgrund der Corona-Pandemie wird stattgegeben. Die Höhe der einmalig zu zahlenden Zuschüsse wird auf 5.000 € je Antragsteller, mithin also 10.000 €, festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Bürgermeister Gottheil bedankt sich im Namen beider Antragsteller für die Unterstützung und übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

14 Prüfauftrag zur Sicherstellung und Optimierung der Wassergeldabrechnung Vorlage: X/079

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage X/079 und erläutert, dass programmtechnisch beim ersten Programmlauf auf der Wassergeldabrechnung 2020 falsche Mehrwertsteuersätze ausgewiesen worden seien. Zusätzlich sei beim Versand der Bescheide aus dem korrigierten zweiten Programmlauf ein Fehler bei der e-Post aufgetreten, so dass einige Empfänger doppelt Post bekommen hätten. Hierauf habe die Verwaltung aber leider keinen Einfluss gehabt.

Fraktionsvorsitzender Weber wundert sich, dass für ein neues Wassergeldabrechnungsprogramm Geld vorhanden sei, nicht aber für die Umwelt.

Ratsmitglied Lethmate fragt nach, ob der zweite Abrechnungslauf von dem Software-Hersteller bezahlt worden sei.

Bürgermeister Gottheil bezweifelt, dass von dem Dienstleister, der Fa. H+H aus Berlin, die Kosten erfolgreich eingefordert werden könnten. Ob eine möglicherweise gerichtliche Auseinandersetzung bei der Schadenssumme sinnvoll sei, bleibe fraglich.

Fraktionsvorsitzender Weber erklärt, dass alle Versorger Abrechnungsprogramme hätten, die gut funktionierten.

Bürgermeister Gottheil erklärt, dass als aktuelles Abrechnungsprogramm ein ursprünglich für einen anderen Zweck programmiertes Modul aus der NKF-Finanzbuchhaltungssoftware genutzt werde. Die im NKF vorgesehene Finanzrechnung der Gemeinde sei nicht vergleichbar mit der Cash Flow-Rechnung in der freien Wirtschaft. Es könne daher auch für Buchhaltungszwecke nicht das Programm z.B. der Stadtwerke Coesfeld (Energy) genutzt werden. Vor vielen Jahren sei dieses Sonderabrechnungsprogramm bereits installiert worden. Rosendahl sei die einzige Kommune im Kreis Coesfeld mit einer eigenständigen Wasserversorgung. Die Abrechnung habe in den vergangenen Jahren zwar leidlich funktioniert, es seien aber immer wieder Probleme aufgetreten. Die bei der Jahresabrechnung 2020 zutage getretenen Probleme sollen nunmehr zukunftsicher beseitigt werden.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Option – die Beauftragung einer Softwareanpassung oder die Übernahme von Dienstleistungen im Bereich der Wassergeldabrechnung – eine für die Gemeinde Rosendahl wirtschaftliche Alternative darstellt.

Im Haushalt 2021 wird für den Fall einer möglichen Umsetzung und vorbehaltlich eines entsprechenden Ratsbeschlusses eine Summe von 20.000 € eingestellt, wobei dieser Ansatz mit einem Sperrvermerk versehen wird.

Nach Abschluss der Prüfung wird das Ergebnis im Fachausschuss vorgestellt und beraten. Über die weitere Vorgehensweise entscheidet danach abschließend der Rat.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

15 Förderung von Maßnahmen zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement
Vorlage: X/072

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Sitzungsvorlage X/072 und erläutert, dass die Wichtigkeit in der Beratung von den Ratsfraktionen erkannt worden sei, es im Haupt- und Finanzausschuss aber unterschiedliche Ansätze zur Umsetzung gegeben habe. Daher sei der Beschlussvorschlag geändert worden.

Ratsmitglied Daniel Schubert möchte den Antrag erweitern und folgenden Halbsatz in den Beschluss einfügen: „es wird nicht bar an die Mitarbeiter ausgezahlt.“

Ratsmitglied Gehling erklärt ihre Bedenken gegenüber einer betrieblichen Krankenversicherung. Sie finde aber grundsätzlich eine Gesundheitsvorsorge wichtig.

Bürgermeister Gottheil erklärt erneut, dass nicht nur eine pauschale Zusatzkrankenversicherung in die Überlegungen einbezogen werde, sondern die gesundheitliche Vorsorge und individuelle Angebote für die Mitarbeiter erprobt werden sollen. Es sei zunächst eine Testphase erforderlich.

Allgemeine Vertreterin Roters ergänzt, dass über den Bericht auch eine Transparenz der geplanten Maßnahmen gegeben sei.

Ratsmitglied Daniel Schubert erklärt, dass es dann auch kein Problem mit der Erweiterung des Beschlusses gebe.

Fraktionsvorsitzender Lembeck möchte den Ansatz nicht zerreden. Es werde wahrscheinlich ein bunter Mix aus unterschiedlichsten Angeboten zur Förderung der Gesundheit entstehen. Es müsse Vertrauen in die Maßnahmen vorhanden sein, damit die Mitarbeiter diese auch akzeptierten.

Bürgermeister Gottheil betont, dass es ihm darum gehe, im Bereich der Gesundheitsvorsorge überhaupt etwas Sinnvolles auf den Weg zu bringen.

Anschließend fasst der Rat folgenden **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Beschäftigten der Gemeinde Rosendahl ein passendes Konzept zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement zu entwickeln und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein entsprechendes Angebot zu unterbreiten. Zur Umsetzung wird ein jährlicher Betrag von 40.000,00 € im Haushalt veranschlagt, der nicht voll an die Mitarbeiter ausgezahlt wird. Die Verwaltung wird zum Jahresende 2021 über die in 2021 durchgeführten Maßnahmen berichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

16 Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan für das Jahr 2021
Vorlage: X/066

Bürgermeister Gottheil verweist auf die Vorberatungen in den Fachausschüssen, die Anwesenheit von ihm und Frau Eske in den Haushaltsberatungen der einzelnen Fraktionen und die abschließende Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss (HFA) am 18. Februar 2021. Des Weiteren weist Bürgermeister Gottheil auf die 3. Änderungsliste zum Haushaltsentwurf 2021 (Stand: 19.02.2021) hin sowie die aktualisierte Haushaltssatzung 2021 und den aktualisierten Gesamtergebnis- und -finanzplan 2021, die dem Protokoll als **Anlagen II und III** beigelegt sind. In der 3. Änderungsliste seien die sich aus den Sitzungen der Fachausschüsse und des Haupt- und Finanzausschusses vom 18. Februar 2021 ergebenden Änderungen eingearbeitet worden. Bürgermeister Gottheil geht auf die 3. Änderungsliste ein und erläutert sie ausführlich.

Bürgermeister Gottheil erklärt, dass ein Defizit von 514.000 für 2021 vorhanden sei, was unter anderem auch den Auswirkungen der Corona-Pandemie geschuldet sei.

Er erinnert daran, dass Fraktionsvorsitzender Weber im HFA 20.000,- € für einen Umweltbericht beantragt habe und dieser Antrag im Ausschuss mehrheitlich abgelehnt worden sei.

Ratsmitglied Weber erklärt, dass er den Antrag aufrecht erhält und erläutert mit Blick auf die neuen Ratsmitglieder den Hintergrund des Antrages. Im Jahr 2017 habe der Rat den Antrag für einen fortzuschreibenden Umweltbericht unterstützt. Er bittet Bürgermeister Gottheil um Auskunft, was die Gemeinde für den Umweltschutz mache.

Bürgermeister Gottheil erklärt, dass im Rahmen eines Ausbildungspraktikums von einem Studenten eine ausführliche Zusammenstellung sämtlicher Maßnahmen erstellt worden sei. Es sei zudem vorgesehen, im Produkt Klimaschutz 25.000,00 € einzustellen, um Maßnahmen für Umweltschutz- und Klimaprojekte anstoßen zu können.

Ratsmitglied Friemel verlässt von 20.37 – 20:39 Uhr die Sitzung.

Ratsmitglied Weber weist darauf hin, dass Klimaschutz ein Teil des Umweltschutzes sei. Nachhaltigkeit sei ein wichtiges Thema, das aber in Rosendahl seiner Ansicht nach keine Rolle spiele.

Ratsmitglied Steindorf kann den Ausführungen von Herrn Weber zum Teil zustimmen, wenngleich er den geforderten Umweltbericht ablehne. Er erklärt, dass nach aktueller Kenntnis rund 80 % des Waldes sterbe. Das sei ein Grund, Geld für den Umweltschutz in die Hand zu nehmen. Außerdem erklärt er, dass seiner Auffassung nach Ansätze für Maßnahmen gegen Antisemitismus im Haushalt fehlen würden. Aus diesem Grund werde er dem Haushalt nicht zustimmen.

Bürgermeister Gottheil lässt über den Antrag abstimmen, einen zusätzlichen Ansatz von 20.000 € für einen Umweltbericht einzustellen.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen, 7 Enthaltungen

Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Bürgermeister Gottheil bittet anschließend zunächst den Fraktionsvorsitzenden Lembeck (CDU), seine Haushaltsrede zu halten. Es folgen die Reden des Fraktionsvorsitzenden Mensing (WIR) und des Fraktionsvorsitzenden Brockhoff (SPD) sowie des

Fraktionsvorsitzenden Weber (Bündnis 90/Grüne). Die Haushaltsreden sind als Anlagen **IV - VII** dem Protokoll beigelegt.

Bürgermeister Gottheil teilt sodann mit, dass analog zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses eine getrennte Abstimmung über den Beschlussvorschlag vorgenommen werde.

Anschließend fasst der Rat folgende **Beschlüsse**:

1. Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2021 mit ihren weiteren Bestandteilen und Anlagen wird unter Berücksichtigung der sich im Beratungsgang ergebenden Anpassungserfordernisse und Änderungsbeschlüsse, die in einer Änderungsliste Nr. 3 zusammengefasst sind, beschlossen. Die Änderungsliste Nr. 3 wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen

2. Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Bürgermeister Gottheil dankt Frau Eske für die Aufstellung des Haushaltsplanes 2021. Der Haushalt werde nun zeitnah an den Kreis Coesfeld weitergeleitet.

17 Mitteilungen

Mitteilungsbedarf liegt nicht vor.

18 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO (2. Teil)

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.

19 Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 2 GeschO (2. Teil)

Es werden keine Anfragen von den Ratsmitgliedern gestellt.

Gottheil
Bürgermeister

Manuela Völker
stellv. Schriftführerin